

Aggressiv, antisozial, autoritär – psychologische Unterschiede zwischen Sympathisanten der AfD und der Grünen

Dr. Rainer Hampel, Dipl.-Psych.

Zusammenfassung

Unterscheiden sich die Sympathisanten der politischen Parteien in ihren Persönlichkeitsmerkmalen und sozialen Einstellungen? Die bevölkerungsrepräsentative Erhebung, die anlässlich der 9. Auflage des Freiburger Persönlichkeitsinventars durchgeführt wurde, ergab eine umfangreiche empirische Basis (N = 3.338 Wahlberechtigte). Die Interviewer des Instituts für Demoskopie Allensbach erfassten zusätzliche sozio-demographische und psychologische Daten. Die Datenebenen sind hier: Persönlichkeitsmerkmale (Skalen des FPI), aktuell abgeleitete Einstellungsskalen, direkte Selbstbeurteilungen und auch Handlungsabsichten aufgrund verhaltensnaher Fragen. In den zwei vorausgegangenen Beiträgen zu diesem Projekt (Hampel 2021, 2022) wurden die auffälligen psychologischen Profile von Sympathisanten der AfD analysiert und als AAA-Syndrom (für aggressiv, antisozial, autoritär) gekennzeichnet. Diese abschließende, dritte Analyse kontrastiert, um die Befunde zu verdeutlichen, Sympathisanten der AfD und der Grünen. Aussagen über das tatsächliche Verhalten sind hier methodisch ausgeschlossen, doch ist die Annahme gut begründet, dass markante Unterschiede des AAA-Syndroms verhaltensrelevant sind.

1 Eine Übersicht über neuere Forschungsbeiträge

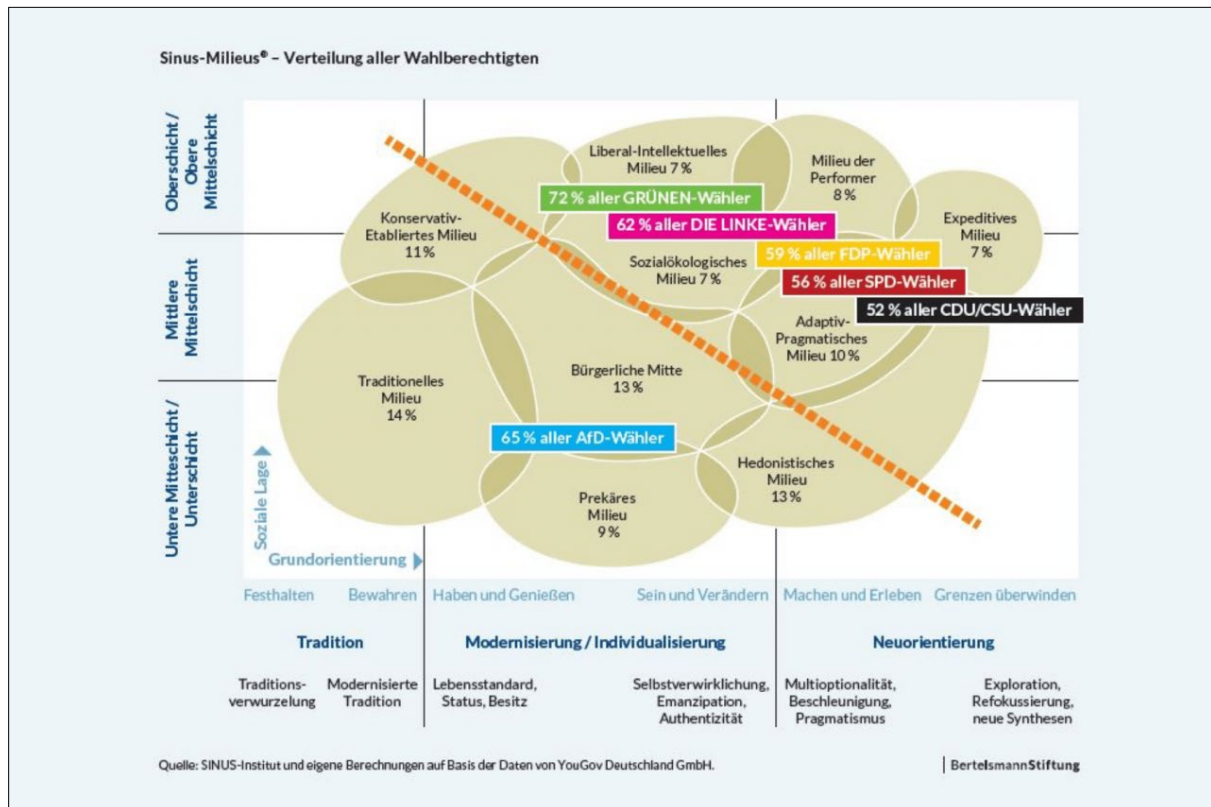
In der politischen Arena gelten die Alternative für Deutschland (AfD) und B'90/Die Grünen als Antagonisten, Rivalen, ja bisweilen als Feinde (Beschimpfungen: „Die AfD ist überwiegend eine Truppe von Landesverrättern“, eine „Nazi-Partei“ vs. „Die Grünen wollen uns vorschreiben, wie wir zu leben haben“, eine „Verbotspartei“).

Die **Programmatik** von AfD und Grünen ist fundamental verschieden. Während die grüne Ökopartei für ein Klimaschutz-Sofort-Programm und einen klimagerechten Wohlstand steht, für eine inklusive und multikulturelle Gesellschaft, für ein Nein zu Rassismus, für ein starkes Europa, für eine feministische Außenpolitik (s. Wahlprogramm 2021), ist die AfD im Kern eine gegen-alles Partei: anti-Klimaschutz (Leugnung des Klimawandels), anti-Euro und Europa („Europa der Vaterländer“), anti-Positionen in der Asyl- und Zuwanderungspolitik („Asylparadies“, „deutsche Grenzen flächendeckend schützen“, „mehr Kinder statt Masseneinwanderung“).

In Hinsicht auf die jeweilige **Wählerschaft** geht aus Nachwahlbefragungen, der amtlichen Wahlstatistik und empirischen Studien hervor, dass die Grünen überproportional von Frauen, von Jungwählern, von Besser-Gebildeten und von Besser-Verdienenden gewählt werden. Die Wählerschaft der AfD dagegen ist männlich geprägt, überdurchschnittlich in Ost-Deutschland vertreten, hat mittlere Bildungsabschlüsse, wohnt eher in einer Kleinstadt oder einem Dorf, wird relativ häufig von Arbeitern und von Wählern zwischen 35 und 59 Jahren unterstützt.

Vor der Bundestagswahl 2017 hatte die Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem SINUS- und dem Meinungsforschungsinstitut YouGov eine Grafik erstellt, die verdeutlichen sollte, dass sich die Wahlberechtigten der sog. alten Parteien entlang der diagonalen Trennlinie mehrheitlich als *Moderntisierungsbefürworter* verorten ließen (72 Prozent aller Grünen-Wählern).

Abbildung 1: Wahlberechtigte 2017 nach sozialen SINUS-Milieus



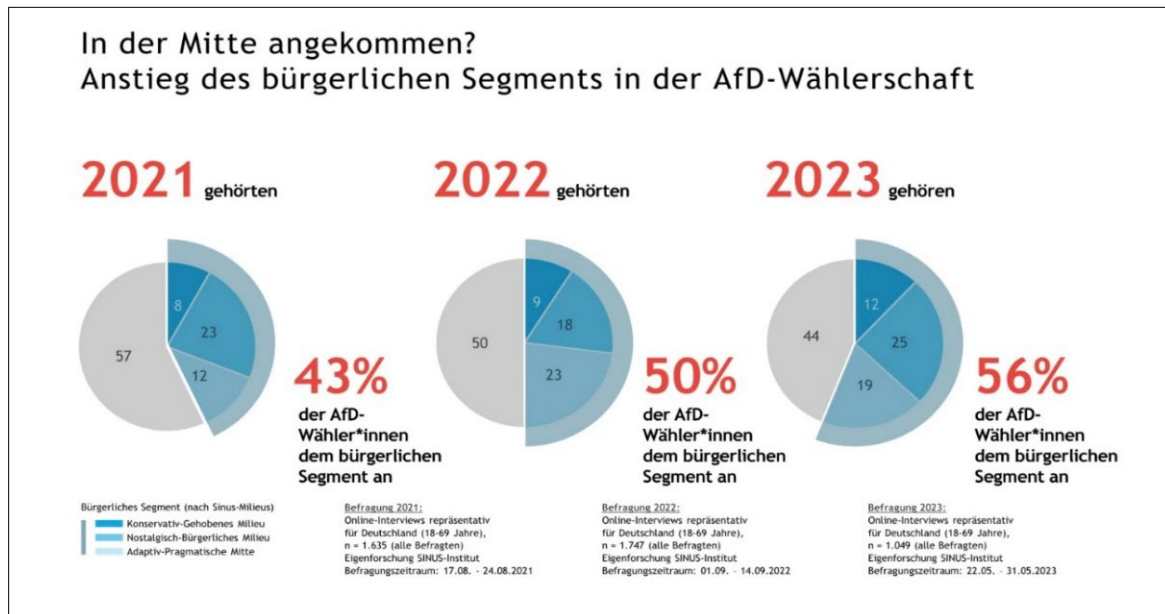
Dagegen waren 65 Prozent aller AfD-Wähler *zukunftsängstliche Modernisierungsskeptiker*, die vor allem in den sozialen Milieus der sog. bürgerlichen Mitte, bei den Traditionellen sowie den Prekären zu finden seien. Alle drei genannten Milieus seien in den ostdeutschen Ländern stärker vertreten als in West-Deutschland.

Der SINUS-Geschäftsführer M. Tautscher (2019) sagte zum „Tag der Demokratie“ auf Basis einer 2019-Studie in Kooperation mit YouGov: „Die Affinität für eine Partei hängt bei einigen Parteien eng mit dem sozialen Milieu der Wähler zusammen. Dies wird besonders am Beispiel der AfD- und Grünen-Wähler deutlich. Unter AfD-Wählern finden sich besonders häufig veränderungsscheue Gruppen der unteren Mitte oder Unterschicht, z.B. das Sicherheit und Ordnung liebende *Milieu der Traditionellen* oder das um Orientierung und Teilhabe bemühte *Milieu der Prekären*. Diese Milieus fühlen sich von den Veränderungen in der Gesellschaft ausgeschlossen und haben das Gefühl, dass ihre Stimme nur wenig bewirkt. Die Grünen hingegen holen ihre Stimmen vor allem in jungen und modernen Milieus, z.B. im kreativ-kosmopolitischen *Milieu der Expeditiven* oder bei den *Adaptiv-Pragmatischen*, der modernen jungen Mitte der Gesellschaft“.

Abbildung 2 zeigt den Anstieg des bürgerlichen Segments in der AfD-Wählerschaft zwischen 2011 und 2013 auf Basis des von SINUS kontinuierlich angepassten Milieu-Modells. Offensichtlich hat sich die AfD-Wählerschaft zwischen 2011 und 2013 - um 13% - in die bürgerliche Mitte verschoben, vor allem in Richtung *Konservativ-Gehobenes* und *Adaptiv-Pragmatisches Milieu*.

Die Hypothese der sog. Modernisierungsverlierer (materielle Deprivation und ökonomische Bedrohungsgefühle) wird von etlichen Wissenschaftlern als zu einseitig angezweifelt. So fand der Soziologe Martin Schröder (2018) nach umfangreichen statistischen Analysen mit Daten des SOEP 2016 (N = 24.339, Auswahl von 25 Einstellungs- und 11 Statusvariablen) heraus, dass AfD-Unterstützer keine oder nicht ausschließlich Abgehängte bzw. Modernisierungsverlierer sind.

Abbildung 2: Anstieg des bürgerlichen Milieus in der AfD-Wählerschaft



„Die AfD-Unterstützer sind nicht depriviert, sondern ausländerfeindlich... „Die bivariaten Analysen zeigten zwar, dass beispielsweise Menschen mit einem niedrigen Einkommen und Berufsprestige tendenziell der AfD zuneigen. Doch die multivariate Analyse zeigt, dass sich dies durch Kontrollvariablen erklären lässt“. Das Fazit von Schröder: „So ist es fehlgeleitet, hinter den AfD-Unterstützern gesellschaftliche Verlierer zu sehen. Weder sind sie es objektiv, noch fühlen sie sich so. Die Sympathisanten der AfD haben vielmehr Bedenken gegenüber Zuwanderung und insbesondere Flüchtlingen, denen sie vor allem unterstellen, Deutschland zu unterwandern, während ökonomische Nachteile für Deutschland nur nachrangig zu AfD-Unterstützung führen... Die Daten zeigen, dass bestehende Untersuchungen zu unterschiedlichen Schlüssen kommen, weil man deskriptiv bzw. bivariat durchaus den Zusammenhang findet, dass Modernisierungsverlierer die AfD unterstützen. Multivariat zeigt sich jedoch, dass dies nicht daran liegt, dass Menschen ökonomisch oder auch nur in Bezug auf ihre Zuversicht schlechter dastehen, sondern weil sich ausländerfeindliche Einstellungen eher unter Modernisierungsverlierern finden. Es sind jedoch diese ausländerfeindlichen Einstellungen, die unabhängig von der objektiven oder subjektiven Schichtlage die AfD-Sympathie bedingen“.

Wie ist die AfD zu etikettieren? – als (rechts)**radikal**, (rechts)**populistisch**, (rechts)**extrem** oder gar als (teilweise) **rechtsextremistisch**, wie der Verfassungsschutz behauptet? Der renommierte Extremismusforscher Wilhelm Heitmeyer hält den Begriff „**autoritärer Nationalradikalismus**“ für angemessen. „Rechtspopulismus zielt etwa auf kurzzeitige Erregungszustände. Das ist in dem Fall unzureichend. Das Autoritäre solcher Parteien wie der AfD besteht darin, ein verändertes Ordnungsmodell anzustreben mit traditionellen Lebensweisen, klaren Hierarchien und dichotomischen Gesellschaftsbildern wie „Wir gegen Die“, „Innen gegen Außen“ oder „Eigenes gegen Fremdes“. Beim Nationalistischen geht es um Überlegenheitsansprüche deutscher Kultur“ (s. Interview im Deutschlandfunk, 16.06.23).

Die Leipziger Mitte-Studien sprechen in ihren Veröffentlichungen von „**Rechtsaußen**“ als Sammelbegriff und definieren „rechtspopulistisch“ als antipluralistisch und rechtsradikal; „rechtsextrem“ als gewaltfördernd, verfassungsfeindlich, antidemokratisch; und „neurechts“ als sich vom Nationalsozialismus/Faschismus abgrenzend. Die Bundeszentrale für politische Bildung definiert den politischen Extremismus (ähnlich wie das BfV) so, dass er „den demokratischen Verfassungsstaat ablehnt oder ihn einschränken will“. Extremisten würden also die Gewaltenteilung und oftmals Menschenrechte ablehnen. „Freund-Feind-Stereotype“ seien weit verbreitet und Ansichten, die dem eigenen Weltbild widersprechen, würden

nicht akzeptiert. In jedem Fall, die AfD gilt bei Politikern wie auch in der Bevölkerung als eine rechte bzw. rechtsaußen-Partei, wie bereits aus der Sitzordnung des Bundestages ersichtlich ist.

B'90/Grüne wird oft als **linke Programmpartei** beschrieben. Lange Zeit standen sich bei den Grünen die sog. „Fundis“ und „Realos“ gegenüber. In ihrem ersten Parteiprogramm von 1980 betonten die Grünen ihren Charakter als ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei. Heutzutage (viertes Grundsatzprogramm 2020) versteht sich die Partei als „Bündnispartei, die ein Angebot an die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite macht“ mit Nachhaltigkeit als Schlüsselkonzept. Die „grüne“ Politikerin Claudia Roth bezeichnete vor der Hessenwahl 2008 die Grünen als moderne linke Partei. Ihr Parteifreund Winfried Kretschmann widersprach aber in einem Gastbeitrag für die Heinrich-Böll-Stiftung (19.8.2008): „Die zitierte Aussage von Claudia Roth ist für die Grünen wenig hilfreich, weil sich diese Positionierung auf das Links-Rechts-Schema von Politik bezieht. Die Parteichefin ordnet damit die Grünen in ein veraltetes politisches Denken ein, dass der gesellschaftlichen Realität nicht mehr entspricht... Wer heute noch das Links-Rechts-Muster benutzt, bemüht ein veraltetes begriffliches und politisches Werkzeug, das die neuen Realitäten nicht greifen und begreifen kann. Nur wenn sich die Grünen nicht ins Rechts-Links-Schema einordnen, sondern sich als Partei einer nicht linearen, sondern reflexiven Moderne begreifen, können sie ein gestaltendes Element in der Politik bleiben“.

Trotz heftiger Kritik aus der Wissenschaft beziehen sich Parteien immer noch in ihrem Vokabular auf das **Links-Rechts-Schema**, namentlich die im Bundestag vertretene Partei DIE LINKE. Die politische Meinungsforschung nutzt die Links-Rechts-Skala seit Jahrzehnten als nützliches Instrument, z.B. das Institut für Demoskopie/Allensbach, die Forscher des ALLBUS oder der Internationalen Wertestudien.

Im Rahmen der Allensbacher Sympathie-Tests (1994) wurden Befragten eine Reihe von Begriffen und Beschreibungen zur Einstufung nach „sympathisch“ und „unsympathisch“ vorgelegt. Das „Links-sein“ in Westdeutschland empfanden 20 Prozent als sympathisch und 66 Prozent als unsympathisch. In Ostdeutschland wurde „Links-sein“ zu 29 Prozent als sympathisch und 38 Prozent als unsympathisch bewertet. Ausgeprägter war die Abneigung gegenüber „Rechts-sein“: in Westdeutschland 66 Prozent unsympathisch und 12 Prozent sympathisch; in Ostdeutschland wurde „Rechts-sein“ von 71 Prozent als unsympathisch und 6 Prozent als sympathisch empfunden.

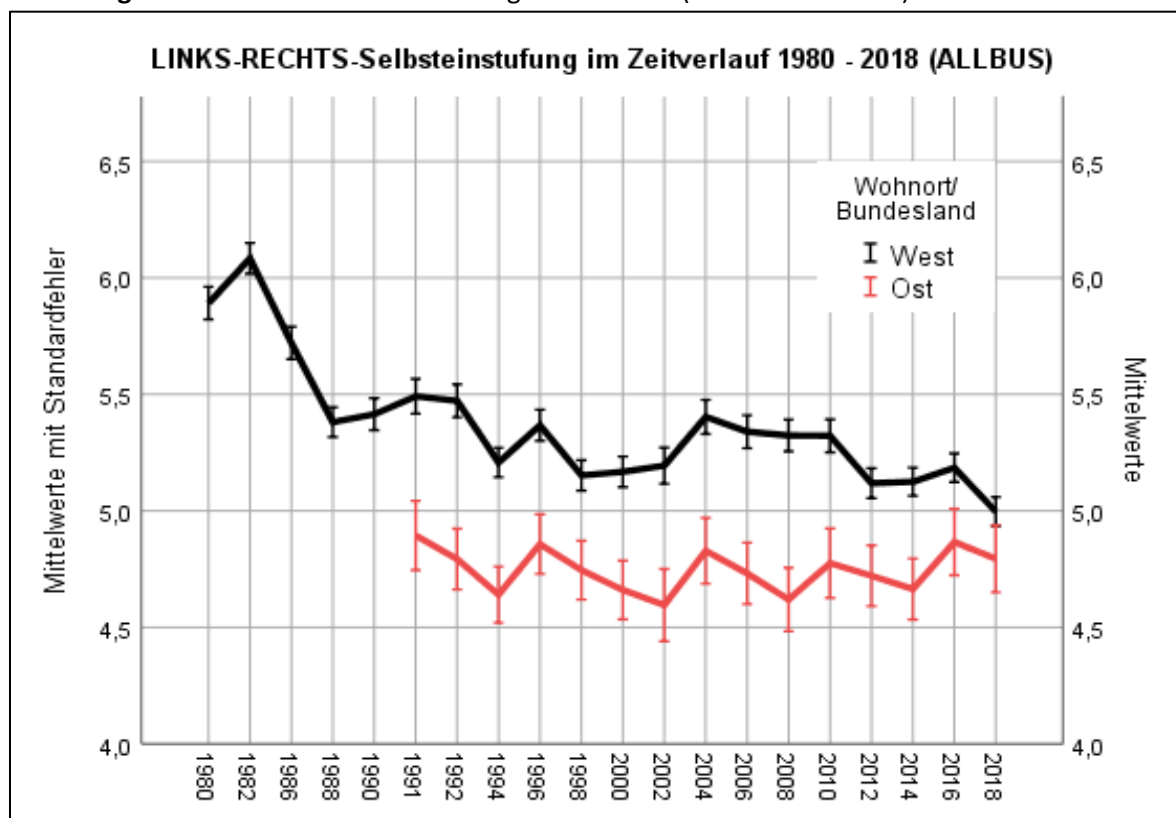
Aus ALLBUS-Daten über einen Zeitraum von 40 Jahren (siehe Abbildung 3) ist ablesbar, dass die Deutschen auf der 10-stufigen Links-Rechts-Skala nach links gerückt sind, d.h. im Mittel von 6.1 (1980) auf 4.9 (2021). Ostdeutsche stuften sich seit der Wiedervereinigung regelmäßig weiter links ein.

Tabelle 1 enthält ALLBUS-Daten zur L-R-Skala aus den Jahren 2018 und 2021. Diese repräsentativen Daten zeigen, dass Selbst- und Fremdverortung besonders bei der AfD weit auseinanderfallen – Skalenmittelwert 9.1 (2018) vs. 6.9 (2021). Werden die Extrema der L-R-Skala zusammengefasst, so ergibt sich ein noch klareres Bild.

Das eindeutige Image der AfD aus Sicht der Bevölkerung lautet: eine äußerst rechte Partei. Neun von 10 Befragten der Wahlbevölkerung benutzten 2018 die Stufen 8-10. Dagegen stuften sich deutlich mehr als die Hälfte der AfD-Anhängerschaft eher in der Mitte ein (2018: 65%, 2021: 59%).

Die Etikettierung von AfD wie auch CSU als rechte Parteien bedeutet nicht, dass AfD- und CSU-Sympathisanten/Wähler gleiche oder ähnliche politische Einstellungen teilen. Bei der L-R-Einteilung handelt es sich wohl auch um eine Stereotypisierung von Parteien. Die Einstufungen können von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst werden wie Wahrnehmung der Mehrheitsmeinung, subjektive Parteieinschätzung oder die vom Befragten selbst präferierte Partei.

Abbildung 3: Links-Rechts-Selbsteinstufung 1980 – 2018 (Allbus-Datenbank)



Quelle: German General Social Survey (Gesis: ALLBUS – Cumulation 1980-2018).

Tabelle 1: Parteieinstufung nach links – rechts durch Wahlbevölkerung und Selbsteinstufung

LINKS-RECHTS-SKALA (ALLBUS 2018/2021)								
Fremd- vs. Selbsteinstufung		Mittelwerte Links-Rechtsskala (1-10)						
		LINKE	GRÜNE	SPD	FDP	CDU	CSU	AfD
Fremdeinstufung Wahlbevölkerung 2018		2,0	3,8	4,3	5,5	5,9	7,0	9,1
Befr. - Partei-Neigung/Sympathie 2018		2,7	3,8	4,4	5,6	5,8		6,8
Befr. - Zweitstimme BTW 2017		3,3	3,9	4,5	5,5	5,6		6,5
Befr. - Sonntagsfrage (Mai-Sept. 2018)		3,3	3,9	4,5	5,5	5,6		6,5
Befr. - Sonntagsfrage (Jun.- Aug. 2021)		3,0	4,0	4,3	5,7	5,6		6,9
	Kategorien	LINKE	GRÜNE	SPD	FDP	CDU	CSU	AfD
Fremdeinstufung 2018	1 - 3 links	90%	46%	28%	13%	11%	7%	4%
Selbsteinstufung 2018		67%	41%	24%	7%	9%		6%
Selbsteinstufung 2021		72%	41%	31%	7%	9%		3%
Fremdeinstufung 2018	4 - 7 Mitte	8%	52%	70%	76%	72%	46%	7%
Selbsteinstufung 2018		33%	59%	74%	87%	80%		65%
Selbsteinstufung 2021		27%	58%	65%	83%	80%		59%
Fremdeinstufung 2018	8 - 10 rechts	2%	2%	2%	12%	18%	47%	89%
Selbsteinstufung 2018		0%	0%	2%	6%	11%		29%
Selbsteinstufung 2021		1%	1%	3%	10%	10%		39%

Dass politische Selbstverortung eine starke **Verbindung zu rechtsextremen Einstellungen** hat, beweisen die Ergebnisse der jüngsten Mitte-Studie 2022/23 sehr deutlich (Tabelle 2). Extrem rechte und eher rechts Denkende haben sehr hohe Zustimmungswerte bei den Dimensionen Nationalchauvinismus (39%) und Fremdenfeindlichkeit (41%). Die vergleichbaren Prozentwerte bei extrem linken und eher links Denkenden lauten 9% und 5%. Damit liegen massive Differenzen vor, die sich in der Parteipräferenz widerspiegeln. Ein manifest rechtsextremes Weltbild ist bei 4% der Grünen-Anhänger vorhanden (5% bei links/eher links Denkenden) gegenüber 24% bei den Anhängern der AfD (rechts/eher

rechts Denkende 22%). Auffällig ist auch der deutliche Anstieg in der Bevölkerung in Bezug auf ein manifest rechtsextremes Weltbild (Zusammenfassung der sechs Dimensionen): von 2.5 Prozent (2014) auf 8.3 Prozent (2023); 2023 befürworten auch 6.6 Prozent der Deutschen eine Diktatur mit starkem Führer und einer starken einzigen Partei.

Tabelle 2: Zustimmung zu den Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nach politischer Selbstverortung

			Politische Selbstverortung 2023			Parteipräferenz 2023		Parteipräferenz 2014	
Dimensionen rechtsextremer Einstellungen	Bev. 2014	Bev. 2023	links/ eher links	Mitte	rechts/ eher rechts	Grüne 2023	AfD 2023	Grüne 2014	AfD 2014
Nationalchauvinismus	12%	17%	9%	14%	39%	5%	42%	2%	41%
Fremdenfeindlichkeit	7%	16%	6%	14%	41%	3%	41%	2%	16%
Befürwortung Diktatur	4%	7%	4%	5%	16%	2%	18%	2%	10%
Verharmlosung des Nationalsozialismus	2%	4%	3%	4%	9%	1%	15%	1%	14%
Antisemitismus	4%	6%	4%	5%	11%	1%	11%	1%	9%
Sozialdarwinismus	2%	6%	4%	5%	11%	3%	11%	0%	3%
Manifest rechtsextremes Weltbild (M)	2.5%	8.3%	5%	7%	22%	4%	24%		
Stichprobenumfang (N)	1915	2019	568	1060	298	363	219	238	68
Stichprobenumfang (%)			29%	55%	15%	19%	11%		

Quelle: Tabelle 3.2 aus Zick et al., (2023). Die Distanzierte Mitte. Die Prozente von links/eher links sowie rechts/eher rechts wurden von diesem Autor zusammengefasst und gerundet.

Das Institut für Demoskopie in Allensbach (Petersen, 2023) legte im August 2023 Ergebnisse einer Umfrage vor mit dem Befund, dass gut 40 Prozent der AfD-Anhänger ausgeprägt rechts seien, 13 Prozent sogar rechtsradikal. Für die anderen (47 Prozent) sei die Wahl der Partei ein Mittel des Protests.

In der Allensbacher Studie von 2023 wurden auch zwei mittels Faktorenanalyse konstruierte Skalen mit jeweils 10 Items verwendet - eine Links- und eine Rechtsextremismus-Skala. Wer mindestens sieben der jeweils zehn politischen Aussagen zustimmte, wurde als rechts- resp. linksradikal definiert, und wer zwischen vier und sechs Aussagen auswählte als ausgeprägt links oder rechts Denkender. Eine Verknüpfung von politischer Position auf der Links-Rechts-Skala und Grad der Radikalität/des Extremismus mit Parteiorientierung ergibt die folgenden Prozentsätze für AfD und Grüne (s. Tab. 3).

Die Anhänger der Grünen sind mehrheitlich gemäßigte Linke (54%), ein gutes Viertel fühlt sich der Mitte zugehörig (27%). Dagegen kann die klare Mehrheit der AfD-Unterstützer entweder als ausgeprägt rechts denkend (43%) oder als rechtsextrem (13%) bezeichnet werden.

Tabelle 3: Extremismus und Parteiorientierung (IfD-Umfrage 2023)

IfD Skalen (2023) Links- vs. Rechtsextremismus	Bev. insg. %	AfD %	Grüne %
Linksextremisten	1	2	2
Ausgeprägt links Denkende	7	3	11
Gemäßigte Linke	23	0	54
In der Mitte Stehende	38	27	27
Gemäßigte Rechte	17	12	4
Ausgeprägt rechts Denkende	12	43	2
Rechtsextremisten	2	13	0
	100	100	100

Quelle: IfD-Umfrage Nr. 12074. Daten freundlicherweise von Dr. Petersen übermittelt.

Politikwissenschaftler und Meinungsforscher zählen vielfältige **Gründe für das gegenwärtige Umfragehoch der AfD** auf, einschließlich des guten Abschneidens der AfD bei den Landtagswahlen 2023 in Bayern und Hessen. Es sei vor allem die massive Unzufriedenheit der Wahlbevölkerung mit der Ampel-Koalition und die Migrationskrise. Laut einer Insa-Befragung im September 2023 ist die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Bundesregierung so groß, dass SPD, Grüne und FDP in der Sonntagsfrage gemeinsam nur auf 37% Wählerzustimmung kommen würden (bei der Bundestagswahl 2021 lagen die drei Parteien zusammen noch bei 52%). Die AfD dagegen könnte auf Grund der vorliegenden Umfragen sowie den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen (Oktober 2023) ihr Wahlergebnis von 2021 (10,3%) künftig verdoppeln. Zur Halbzeit der Ampel-Regierung waren in einer Umfrage von YouGov (im Auftrag Deutsche Presse-Agentur) fast drei Viertel der Deutschen (73%) unzufrieden mit der Ampel-Regierung, und gut zwei Drittel (68%) trauen der Regierung nicht zu, die drängenden Probleme zu lösen.

In der **veröffentlichten Meinung** wird das Umfragehoch der AfD oft erklärt durch: Protestverhalten der Wähler; Frust über andere Parteien; Ängste vor Krieg, Rezession, Inflation; die Schwäche der Ampel-Koalition; nationalistische Antworten auf das Thema Zuwanderung, etc. Eine Nachwahlbefragung durch Infratest dimap anlässlich der Bundestagswahl 2021 ergab: bei denjenigen, die die Grünen wählten, erfolgte die Wahlentscheidung zu 71 Prozent aus Überzeugung und zu 24 Prozent aus Enttäuschung; von den AfD-Wählenden gaben 48 Prozent ihre Stimme aus Überzeugung ab und 45 Prozent aus Enttäuschung (Protest). Bei den kürzlichen Landtagswahlen in Bayern und Hessen waren in Hessen 39% der AfD-Wählenden Denkkzettel- bzw. Überzeugungswähler; in Bayern waren es 47%.

Alt-Präsident Joachim Gauck erklärte in einem Interview mit Markus Lanz vom 19.07.23 mit scharfem Seitenblick auf die Ostdeutschen, „dass in jedem Land eine bestimmte Gruppe der Bevölkerung so gestrickt ist, dass sie stärker Führung sucht und nicht so sehr eigene Mitwirkung und Mitbestimmung“.... „Natürlich gibt es Anhänger nationalpopulistischer Gesinnung auch im Westen. Aber diese sehr starke Rückbindung an **autoritäres Geführtwerden**, die ist da – und das lässt sich bei jeder Wahl belegen. Es gibt Leute, die sagen, wir sollen aufhören von Osis und Wesis zu sprechen, das kann man gern tun. Aber das Faktum ist: Es gibt Unterschiede.... „Wenn die Hessen und Bayern 44 Jahre draufgekriegt hätten auf die zwölf Jahre Nazidiktatur, dann wären sie heute eine andere Völkerschaft“. Gauck meinte in Hinsicht auf die starken AfD-Wahl- und Umfrageergebnisse in Ostdeutschland, mit einem Hauch von Psychologie: „**Es sind keine Charaktermängel, die die Osis da kollektiv haben.**“.... „Diese Typen kommen bei uns nie an die Macht in Deutschland, weil die AfD zu wenig anzubieten hat“.... „Die haben ein Programm für die Unzufriedenen, für die Heimatlosen, für die, die mit der Moderne fremdeln“. Dieses „Fremdeln“ sei normal und „nicht gleich schlimm.“

Zweifelsohne gibt es bei den Ost- wie auch den Westdeutschen keine *kollektiven* Charaktermängel. (Statt von Charakter spricht die moderne Psychologie heute von persönlichen Kompetenzen oder Persönlichkeitsmerkmalen). Doch die hier vorgelegten Befunde von drei repräsentativen Befragungswellen aus dem Jahr 2018 in West- und Ostdeutschland (im Rahmen der dritten Neunormierung des Freiburger Persönlichkeitsinventars) belegen, dass bei einem beträchtlichen Teil der Anhängerschaft der AfD im Vergleich zu den Anhängern der Grünen **bestimmte Persönlichkeitsdefizite** vorliegen.

Während Soziologen, Politikwissenschaftler und Wahlforscher vor allem an der Frage „Wer wählt wen (Partei/Kandidat) und warum (Motive)?“ interessiert sind, versucht die politische Psychologie den personalen Faktor politischen Verhaltens von Individuen und Gruppen zu erforschen. Die Wahlforschung verlässt sich auf drei verschiedene Datentypen, die leider keinerlei Rückschlüsse auf das individuelle Wahlverhalten zulassen: (1) Aggregatdaten der Statistischen Ämter zu sozio-strukturellen Merkmalen auf Gebietseinheiten; (2) Umfragedaten von Meinungsforschungsinstituten, die Stimmungen, Motive, Wahlabsicht und frühere Wahlentscheidungen anzeigen, aber keineswegs tatsächliches Wahlverhalten.

Außerdem sind insbesondere telefonische und Internet-Befragungen anfällig für Falschaussagen und Selektionseffekte bei den zu Befragenden; (3) Daten der repräsentativen Wahlstatistik, die zwar tatsächliches Abstimmungsverhalten anzeigen, aber nur nach den Merkmalen Alter und Geschlecht.

Es gibt überraschend wenige empirische Studien zum Einfluss von Persönlichkeitsmerkmalen auf das Wahlverhalten. Das liegt u.a. daran, dass die Wahl geheim ist und individuelle Daten von Wählern schlechterdings nicht erhältlich sind. Wie schwierig es ist, Daten von bestimmten Parteianhängern zu gewinnen, zeigen die Erfahrungen des Psychologen und Gesellschaftsforschers Dirk Ziems (2023), der mit den „Deutschland-Psychogramm“ den Bürgern in Tiefeninterviews den Puls fühlt.

„Bei unseren Interviews werden wir von AfD-Wählern häufig direkt angefeindet. Geballte Wut und ein unausgegrenztes Grollen tritt uns entgegen. Die AfD-Sympathisanten haben sich in eine alternative Realitätskonstruktion verabschiedet, die den großen gesellschaftlichen Themen mit fundamentalem Zweifel begegnet. Staatsmedien betrieben „Propaganda“, Klimawandel sei Hysterie, Migration diene der Schaffung neuer Mehrheiten, und beim Ukraine-Krieg gehe es nur um amerikanische Interessen. So die gängigen Aussagen in unseren tiefenpsychologischen Interviews. Überall ein Geraune über die „eigentlichen Hintergründe“, das dann doch im Ungefähren bleibt. Wenn wir im Interview die Geschichten der Gesprächspartner belasten, fällt manche Gewissheit in sich zusammen. Am Klimawandel sei schon was dran, wird beispielsweise eingeräumt. Nur eine deutliche Minderheit der AfD-Sympathisanten steigt auf die nationalistischen Politikentwürfe der rechtsgerichteten Partei ein. Ob das mit der Rückkehr zur D-Mark und dem Ausstieg aus der EU eine gute Idee wäre? Eher zweifelhaft. Auch Führungsfiguren wie Björn Höcke, die den Nationalsozialismus verharmlosen und rassistisches Gedankengut ausdrücken („lebensbejahender afrikanischer Ausbreitungstyp“), gehen unseren Interviewpartnern zu weit. Sie sind nicht von der Programmatik der AfD überzeugt, sondern wählen die Partei eher aus Protest und als Zeichen des Trotzes“.

2 Hypothesen und Ergebnisse der eigenen Repräsentativerhebung

Wie sieht das Selbstbild der AfD-Anhängerschaft aus und wie unterscheiden sich AfD-Sympathisanten hinsichtlich bestimmter Persönlichkeitsmerkmale von Sympathisanten der Grünen? Ist das Selbstbild der AfD-Sympathisanten durchschnittlich bzw. unauffällig oder eher abweichend in Bezug auf bestimmte Persönlichkeitsmerkmale?

Im Rahmen der bevölkerungsrepräsentativen Erhebung zur dritten Neunormierung des Freiburger Persönlichkeitsinventars (FPI-R) im Jahr 2018 wurden zusätzlich Daten zu autoritären und politischen Einstellungen erfasst. Die Erhebung erfolgte in drei repräsentativen Befragungswellen von Mitte Juni bis Mitte November 2018 durch das Institut für Demoskopie in Allensbach mit über 3.600 Interviewten. Am Schluss des circa einstündigen mündlichen Interviews wurde dem Interviewten der FPI-R Fragebogen plus eine Reihe von Zusatzfragen dem Interviewten zum Selbstausfüllen überreicht. Der Fragebogen trug dieselbe Nummer wie das Interview, sodass beides zwar anonym, aber später verknüpfbar blieb. Im IfD Interview werden routinemäßig über 20 sozio-demografische bzw. sozioökonomische Merkmale erfragt sowie auch Präferenz und Wahlabsicht für eine bestimmte politische Partei. Das IfD ist eines der wenigen Meinungsforschungsinstitute, welches Parteipräferenz und Wahlabsicht (Sonntagsfrage) nicht telefonisch oder Internet-basiert, sondern in einer persönlich-mündlichen Befragung erfasst. Dieser Umstand machte es möglich, die vom IfD erfasste Information zu Parteipräferenz und Wahlabsicht mit den FPI-R-Daten auf Individualebene zu verknüpfen.

AfD-Sympathisanten/potenzielle Wähler wurden durch folgende Fragen im IfD-Interview identifiziert: „Hier habe ich Karten mit den Namen von verschiedenen Parteien, die politische Bedeutung haben. Sicher sind einem diese Parteien nicht alle gleich sympathisch. Könnten Sie bitte diese sechs Karten einmal da nach untereinanderlegen, wie sympathisch Ihnen diese Parteien sind? Es geht so: Obenhin legen

Sie die Partei, die ihnen am sympathischsten ist, darunter die, die Sie an die zweite Stelle setzen würden, und so weiter, und als letzte die Partei, die Ihnen am wenigsten sympathisch oder sogar ganz unsympathisch ist“. [Interviewer notiert die erste und zweite Sympathiewahl und fragt dann]: „Wäre es unter Umständen möglich, dass Sie bei der nächsten Bundestagswahl die wählen?“

Die Übereinstimmung zwischen Parteisympathie (1. Wahl) und Wahlabsicht (Sonntagsfrage) ist in Bezug auf die AfD deutlich höher als bei anderen Parteien. Von 100 AfD-Sympathisanten würden 90 die AfD bei der nächsten Bundestagswahl wählen; bei Sympathisanten anderer Parteien dagegen ist die Übereinstimmung niedriger: zwischen 71% für SPD und LINKE, 76% für die Grünen und 78% für CDU/CSU. In der Erhebung für das FPI-R mit N = 3.338 Wahlberechtigten konnten N = 321 AfD-Sympathisanten und N = 243 potenzielle AfD-Wähler (Sonntagsfrage) identifiziert werden. Diese Fallzahl für AfD-Unterstützer ist im Vergleich zu anderen Erhebungen groß, wodurch sich verlässlichere Aussagen machen lassen. Die jüngste Leipziger Studie zum Rechtsextremismus (2022/23) konnte sich beispielsweise nur auf N = 219 AfD-Anhänger stützen; im ALLBUS 2018 waren es N = 111.

Das Freiburger Persönlichkeitsinventar mit 12 Dimensionen (Lebenszufriedenheit, Soziale Orientierung, Leistungsorientierung, Gehemmtheit, Erregbarkeit, Aggressivität, Beanspruchung, Körperliche Beschwerden, Gesundheitsorgen, Offenheit, Extraversion, Emotionalität) gehört zu den bekannten und von Psychologen häufig verwendeten mehrdimensionalen Persönlichkeitsfragebogen. Für das FPI-R liegt eine Vielzahl von Validierungsstudien vor, die insgesamt belegen, dass das FPI-R ein Inventar mit befriedigenden Gütekriterien ist.

Ein Vergleich der Persönlichkeitsprofile von West- und Ostdeutschen ergab keine effektstarken Unterschiede; lediglich in der Zusatzskala Autoritarismus ist ein leicht erhöhter Medianwert von 6 bei den Ostdeutschen feststellbar (Westdeutsche: Median = 5). Die große FPI- Profilähnlichkeit zwischen West- und Ostdeutschen wurde bereits 1999 im Rahmen der zweiten FPI-Neunormierung gefunden.

Anders der Einfluss von Persönlichkeit auf Parteipräferenz. Auffällige Differenzen ergeben sich hinsichtlich der Skalen Autoritarismus, antisoziale Orientierung (umgepolte FPI-Skala) und Aggressivität. Die Abbildungen 4.1 bis 4.3 verdeutlichen den Sonderfall AfD. Ihre Anhänger äußern sich in der Selbstbeurteilung augenfällig aggressiver, antisozialer und autoritärer als Anhänger der anderen Parteien, wobei AfD und Grüne quasi Gegenpole sind.

Abbildung 4.1

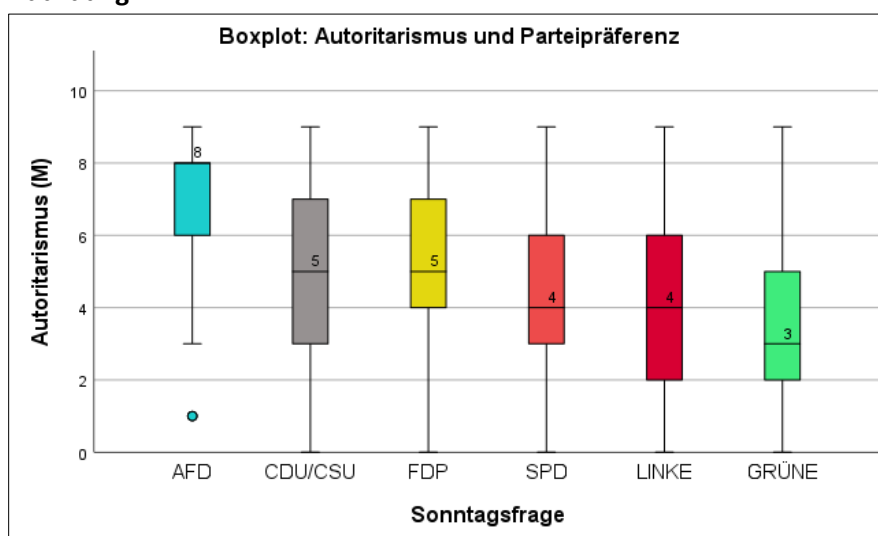


Abbildung 4.2

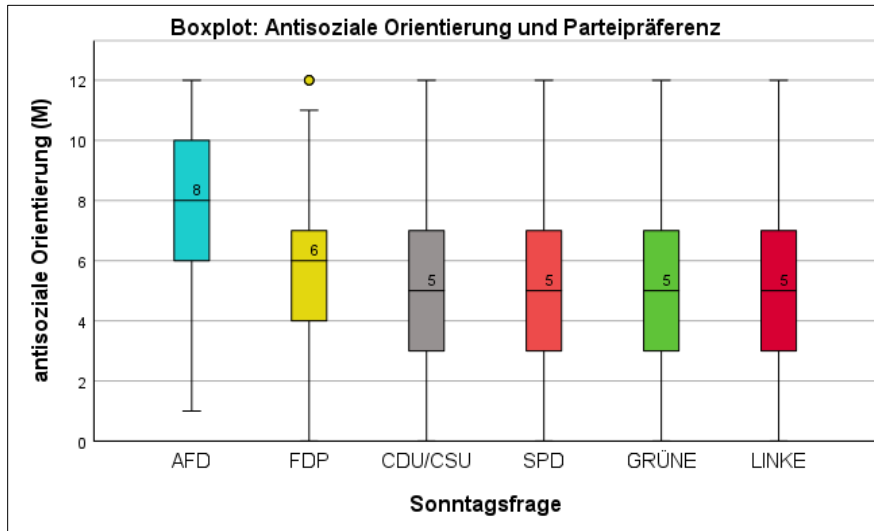


Abbildung 4.3

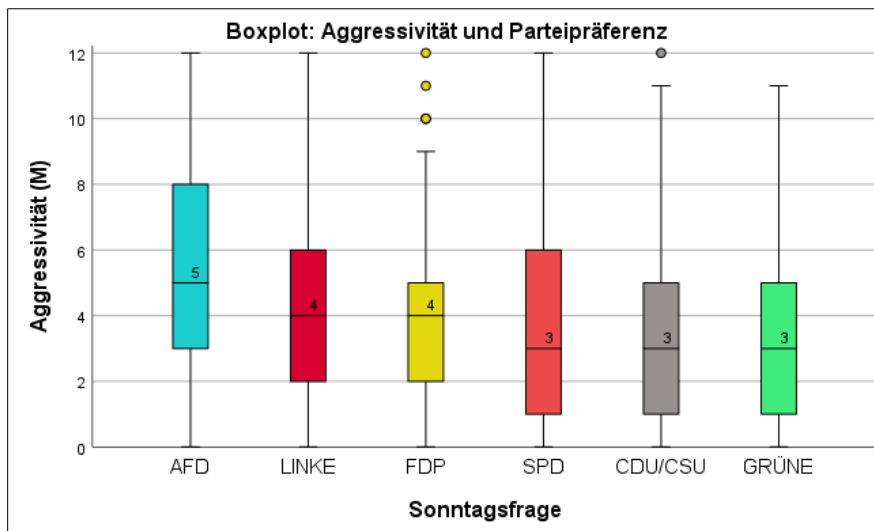
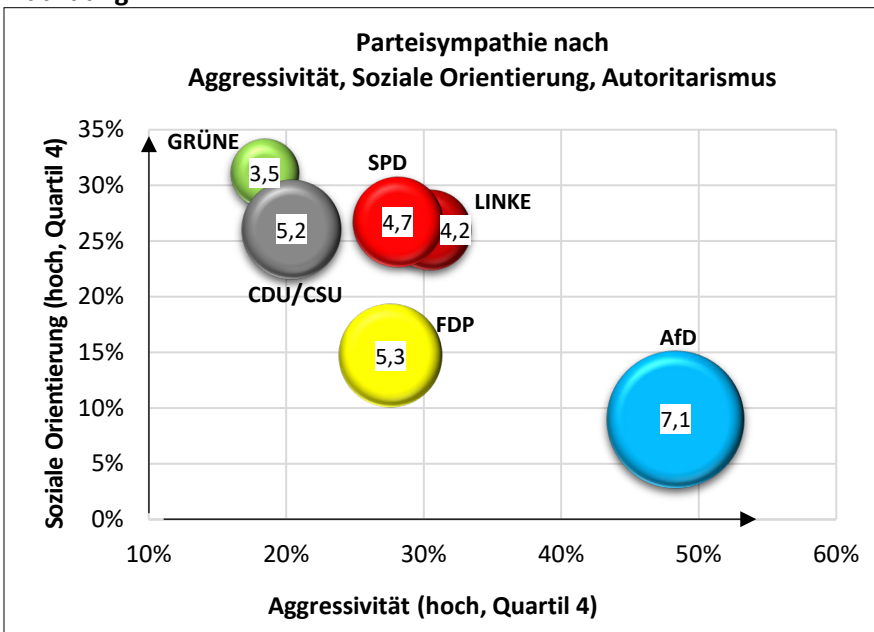


Abbildung 4.4



Im „Blasendiagramm“ (Abbildung 4.4) sind die Skalenwerte der drei Persönlichkeitsmerkmale (Autoritarismus, Soziale Orientierung, Aggressivität) für die sechs im Bundestag vertretenen Parteien grafisch alternativ dargestellt, wobei die Größe der Kreise das Ausmaß an autoritären Einstellungen und die Achsen das Ausmaß an erhöhten Werten hinsichtlich Soziale Orientierung und Aggressivität in Prozenten zeigen. Markant ist vor allem der Unterschied zwischen Grünen- und AfD-Sympathisanten, deren durchschnittlicher Autoritarismus-Wert doppelt so hoch ist ($M = 7.1$ vs. 3.5).

Der Vergleich von Unterstützern der AfD und der Grünen auf **Itemebene** (je 12 Items für die FPI-Skalen Antisoziale Orientierung und Aggressivität, 9 Items für die Zusatzskala Autoritarismus) ergibt sehr signifikante Unterschiede (s. Tabelle 4). Während drei Viertel der Grünen-Sympathisanten eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland befürworten, sind es bei den AfD-Sympathisanten lediglich 10 Prozent. Für Selbsthilfe statt Sozialhilfe sowie Hilfe für Entwicklungsländer spricht sich circa ein Drittel der Grünen aus, gegenüber circa drei Vierteln der AfD-Sympathisanten. Aggressive Phantasien und physische Aggression finden sich bei ungefähr einem Drittel der Grünen vs. bei der Hälfte der AfD-Anhänger. Insgesamt sind auf Itemebene beträchtliche Differenzen zwischen AfD und Grünen feststellbar.

Aus den insgesamt 33 Items (je 12 pro FPI-Skala Antisoziale Orientierung und Aggressivität und 9 für die Zusatzskala Autoritarismus) wurde ein summativer Index gebildet (ein Punkt für jede Item-Zustimmung). Der Index wird von diesem Autor als AAA-Syndrom bezeichnet (autoritär + antisozial + aggressiv).

Tabelle 4: ausgewählte Items des AAA-Syndroms

Trennscharfe Items – AAA-Syndrom		Parteisympathie Platz 1					
		ohne GWS* Kontrolle			GWS* Zwillinge		
		GRÜNE	AfD		GRÜNE	AfD	
Autoritäre Einstellung	N	321	321	Diff.	245	245	Diff.
Ich bin für die Entwicklung einer multikulturellen Gesellschaft in Deutschland (verschiedene Lebensformen, Religionen, etc.).	stimmt <i>nicht</i>	24%	90%	66%	29%	88%	59%
Eine multikulturelle Gesellschaft wird dazu führen, dass die Deutschen ihre kulturelle und religiöse Identität verlieren.	stimmt	26%	88%	61%	29%	86%	57%
In Krisenzeiten sollen zuerst die ausländischen Arbeiter entlassen werden.	stimmt	20%	72%	52%	23%	68%	45%
Ich hoffe auf einen starken Regierungschef, der die Flüchtlingsprobleme energisch löst und die Rückführung in weitgehend sichere Länder durchsetzt.	stimmt	55%	95%	40%	64%	95%	31%
Ich finde, wir sollten uns als Deutsche mit der Ermordung der Juden im Holocaust auseinandersetzen.	stimmt <i>nicht</i>	20%	57%	37%	25%	56%	31%
Durchschnitt für 9 Items		39%	79%	40%	44%	77%	33%
Antisoziale Orientierung		GRÜNE	AfD	Diff.	GRÜNE	AfD	Diff.
Die Menschen in Entwicklungsländern sollten sich zuerst selbst helfen.	stimmt	39%	84%	46%	44%	83%	39%
Da der Staat für Sozialhilfe sorgt, brauche ich nicht zu helfen.	stimmt	35%	70%	35%	42%	68%	26%
Jeder Mensch soll sehen, wie er zurecht kommt.	stimmt	37%	64%	27%	43%	61%	18%
Ich spende gelegentlich für Katastrophenhilfe und andere gemeinnützige Organisationen.	stimmt <i>nicht</i>	45%	72%	26%	49%	69%	20%
Ich habe schon unbezahlt in Gemeinde oder sozialer Einrichtung geholfen.	stimmt <i>nicht</i>	53%	75%	22%	58%	74%	16%
Durchschnitt für 12 Items		42%	64%	22%	46%	62%	16%

Aggressivität		GRÜNE	AfD	Diff.	GRÜNE	AfD	Diff.
Ich male mir aus, wie übel es denen gehen sollte, die mir Unrecht tun.	stimmt	41%	68%	27%	43%	69%	26%
Ich wünsche dem, der mich schlecht behandelt oder beleidigt, eine harte Strafe.	stimmt	40%	64%	25%	44%	65%	21%
Wenn meinem Freund Böses getan wird, zahle ich es heim.	stimmt	34%	57%	23%	36%	56%	20%
Ich verteidige meine Rechte auch mit körperlicher Gewalt	stimmt	12%	29%	18%	13%	27%	14%
Wenn ich wirklich wütend werde, bin ich in der Lage, jemandem eine runterzuhauen.	stimmt	24%	41%	17%	22%	40%	18%
Durchschnitt für 12 Items		30%	46%	16%	31%	45%	14%
* GWS: Geschlecht, Wohnort, Schulabschluss							

Anmerkungen: Aus der Unterstichprobe Sympathisanten der Grünen (N=674) wurde eine Zufallsstichprobe von N=321 gezogen (gleiche Fallzahl wie bei der AfD -Unterstichprobe). Statistische Zwillinge beziehen sich auf die Merkmale Geschlecht (M/F), Wohnort (West/Ost), Schulabschluss (niedrig, mittel, hoch).

In der Medizin und Psychologie ist ein **Syndrom** eine Kombination von verschiedenen Symptomen (Krankheitszeichen/Persönlichkeitsmerkmalen), die typischerweise **gleichzeitig und gemeinsam** auftreten. In der Soziologie bezeichnet ein Syndrom eine Gruppe von Merkmalen oder Faktoren, deren gemeinsames Auftreten einen bestimmten Zusammenhang oder Zustand anzeigt. Dies ist hier der Fall, denn die drei Persönlichkeitsmerkmale korrelieren signifikant miteinander, zumindest bei Sympathisanten der Grünen und der AfD (Nagelkerkes R-Quadrat = .578).

Abbildung 5: AAA-Syndrom und Häufigkeiten nach Parteisympathie

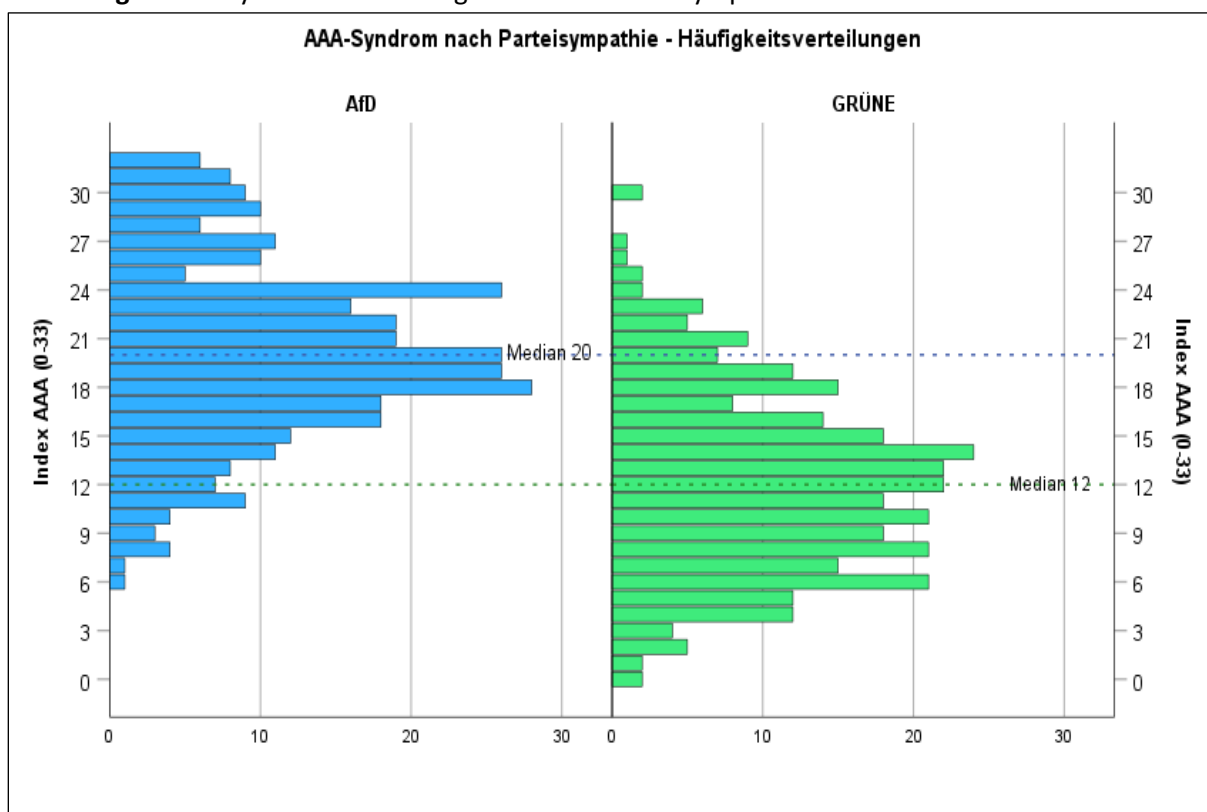


Abbildung 5 zeigt die Häufigkeiten für das AAA-Syndrom bei Sympathisanten der AfD und den Grünen. Die Unterschiede sind mehr als deutlich. Werden die Indexwerte nach Quartilen unterteilt und der Einfluss von Geschlecht, Wohnort und Schulabschluss kontrolliert, dann resultieren die in Abbildung 6 aufgeführten Fallzahlen.

Auf prozentualer Basis (s. Tabelle 5) ist das AAA-Syndrom bei 61 von 100 AfD-Sympathisanten zu erkennen. Bei den Grünen sind es dagegen nur 15 von 100 Sympathisanten. Kontrolliert man die Einflussfaktoren Geschlecht, Wohnort und Bildung, gibt es nur leichte Abweichungen. Umgekehrt ist das AAA-Syndrom nach Zwillingsbildung bei einem Drittel der Grünen (34%) sehr selten zu finden; bei der Anhängerschaft der AfD sind es dagegen 4 Prozent.

Abbildung 6: AAA-Syndrom (Quartile) nach Parteisympathie (statistische Zwillinge, N = je 245)

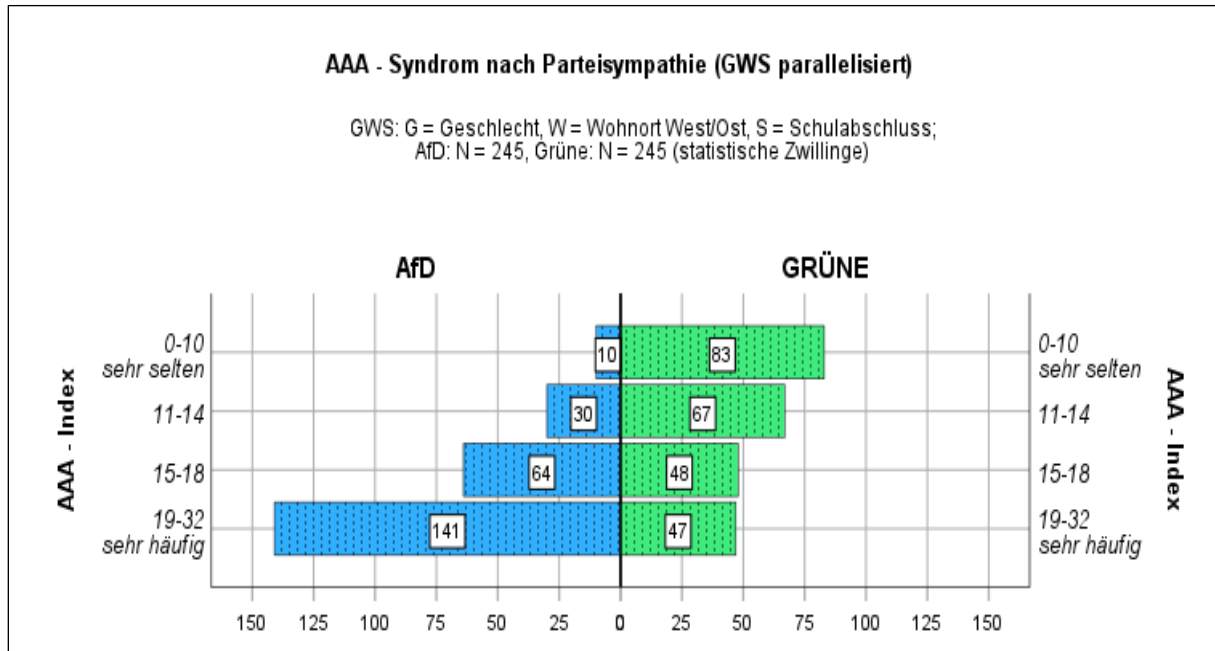


Tabelle 5: AAA-Syndrom nach Häufigkeit und Parteisympathie

AAA-Syndrom (Index)		AfD	Grüne
GWS ungewichtet	N	321	321
Quartil 1: sehr selten	0-10 Punkte	4%	41%
Quartil 2	11-14 Punkte	11%	27%
Quartil 3	15-18 Punkte	24%	17%
Quartil 4: sehr häufig	19-32 Punkte	61%	15%
	Median	20	12

GWS-Zwillinge	N	245	245
Quartil 1: sehr selten	0-10 Punkte	4%	34%
Quartil 2	11-14 Punkte	12%	27%
Quartil 3	15-18 Punkte	26%	20%
Quartil 4: sehr häufig	19-32 Punkte	58%	19%
	Median	19	13

G: Geschlecht, W: Wohnort O/W, S: Schulabschluss; bei Grünen
N = 321 Zufallsstichprobe aus Grünen-Gesamtstichprobe.

Das AAA-Syndrom scheint nicht nur typisch für die Anhängerschaft der AfD wie die Daten der Erhebung aus dem Jahr 2018 zeigen, sondern war bereits vor Gründung der AfD charakteristisch für rechtsradikale Parteien wie die Republikaner/Deutsche Volksunion (siehe Abbildungen 7 und 8).

Abbildung 7: AAA-Syndrom 2018

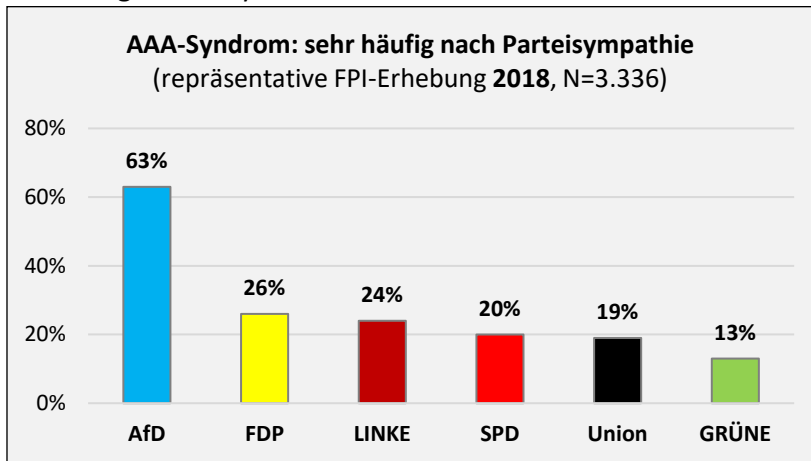
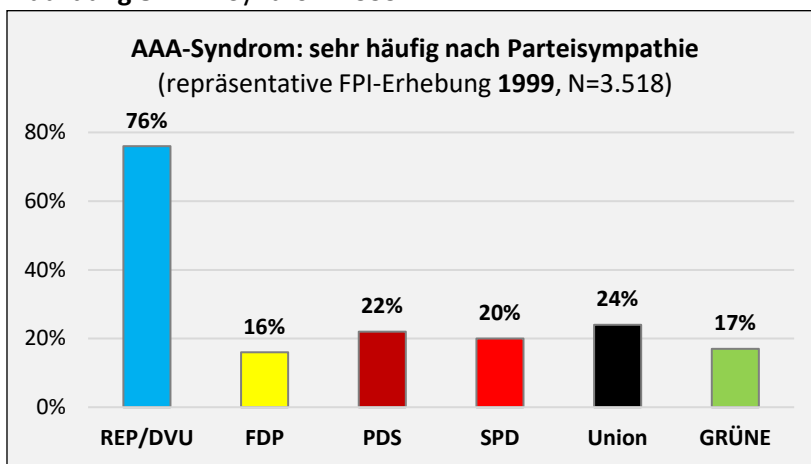


Abbildung 8: AAA-Syndrom 1999



Wie aus Tabelle 6 hervorgeht, kommt das AAA-Syndrom in der erwachsenen Bevölkerung besonders häufig vor, bei: Männern, Personen mit geringerer Bildung, Ostdeutschen, Unterschichtangehörigen, Unreligiösen und bei Personen mit Angst vor Überfremdung und Kriminalität.

Tabelle 6: AAA-Syndrom nach soziodemografischen Merkmalen

		Bevölkerung ohne AAA	AAA häufig vorhanden	Diff.
Merkmal	Kategorie	Prozent	Prozent	Prozent
Geschlecht	Männer	49	67	18
	Frauen	51	33	
Schulabschluss	Hauptschule	27	38	11
	Studium	18	8	
Wohnort	West-Deutschland	82	22	
	Ost-Deutschland	18	27	9
Schicht des Befragten	Unterschicht	9	15	6
Kirchenmitglied	nie	19	26	7
Religiosität	überhaupt nicht religiös	23	34	11
große Angst vor	Überfremdung des Landes	21	44	23
	steigender Kriminalität	28	44	16
N		3450 (100%)	806 (23%)	

Für die ganz überwiegende Mehrheit der „typischen“ Grünen-Sympathisanten gilt: das AAA-Syndrom ist äußerst selten vorhanden (s. Abbildung 9). Die Anhängerschaft der Grünen ist aus psychologischer Sicht im Kern wenig autoritär, prosozial und wenig aggressiv. Hervorzuheben ist, dass es sich bei den

vorliegenden Fragebogen-Daten um eine Selbstbeurteilung handelt (überwiegend Ich-Aussagen zum eigenen Erleben und Verhalten), unter Umständen auch um eine „Selbstdarstellung“, nicht um Fremdbeurteilung oder Wahrnehmungen der Bevölkerung.

Dagegen scheint die AfD ein Sammelbecken für autoritär und/oder antisozial und/oder aggressiv eingestellte Personen zu sein (s. Abbildung 10). Bei der überwiegenden Mehrheit von „typischen“ AfD-Sympathisanten ist das AAA-Syndrom sehr häufig zu finden.

Abbildung 9: AAA-Syndrom nach „typischem“ Grünen-Sympathisanten

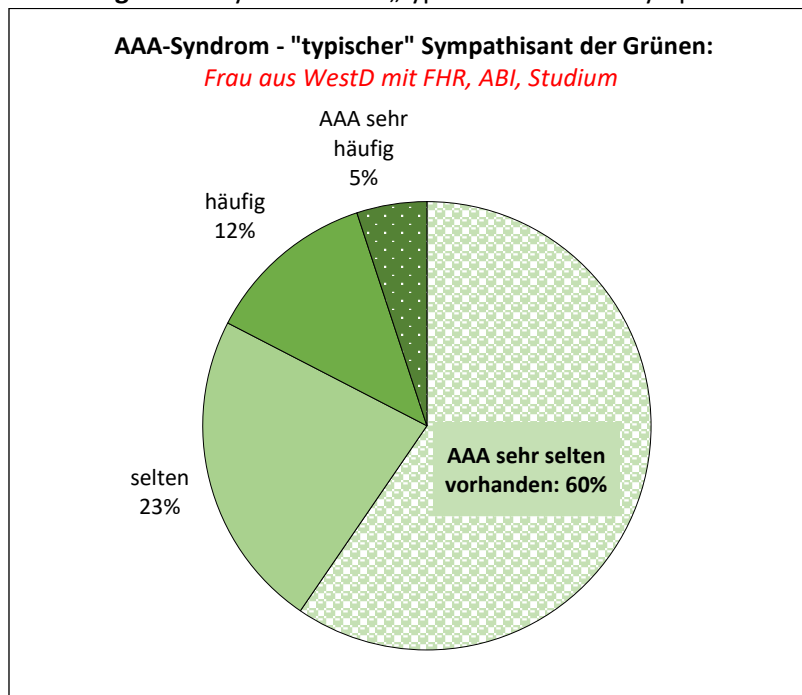
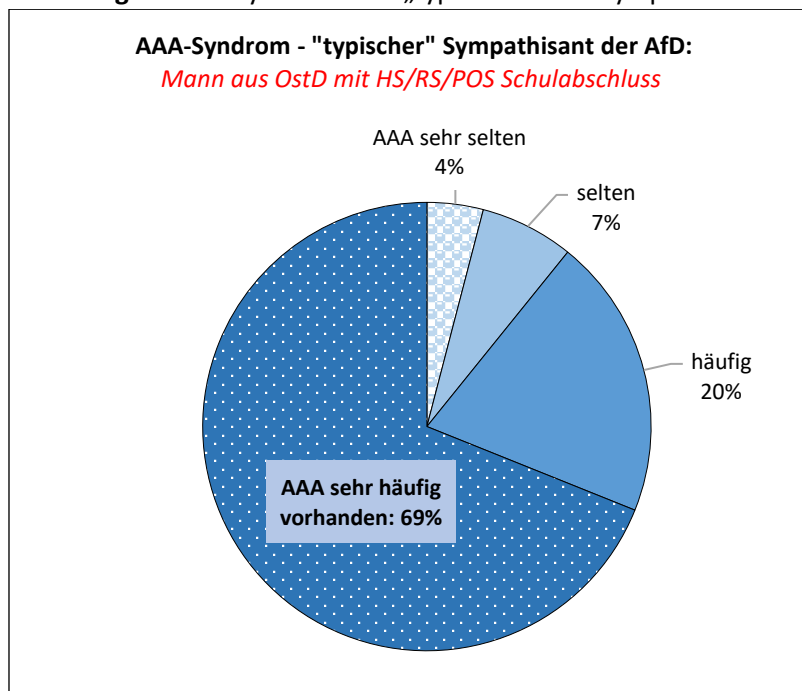


Abbildung 10: AAA-Syndrom nach „typischem“ AfD-Sympathisanten



3 Fazit

Insgesamt sind die hier vorgelegten Befunde aus psychologischer Sicht in Bezug auf die AfD alarmierend, denn eine Mehrheit ihrer Anhängerschaft weist Persönlichkeitsdefizite resp. sozial unerwünschtes Verhalten auf. Nicht jeder AfD-Anhänger ist aus psychologischer Perspektive „gestört“ oder „nicht normal“, doch bei auffällig Vielen (fast zwei Dritteln) ist das AAA-Syndrom ausgeprägt zu finden (mit mehr als 20 von insgesamt 32 Symptomen) – eine autoritäre Disposition, eine antisoziale Orientierung und die relativ überdauernde Bereitschaft zu aggressivem Verhalten. Bei den Sympathisanten der Grünen handelt es sich keineswegs nur um Gutmenschen oder Altruisten, denn das AAA-Syndrom ist auch bei ihnen vorhanden (zu 15 Prozent). Dennoch verstehen sich die Sympathisanten der Grünen in großer Mehrheit als Protagonisten einer multikulturellen deutschen Gesellschaft; sie sind prosozial orientiert und möchten Aggressionen und Gewalt vermeiden.

Man kann darüber streiten, ob die **AfD** (k)eine **normale Partei** ist. Die AfD selbst definiert sich als normale, bürgerlich-konservative Partei. Alexander Gauland (zitiert in Lau, M., 2023) soll einmal betont haben: „Die AfD ist die Partei des Normalen, vielleicht sogar Biederen, nicht Systemsprenger. Auch Björn Höcke will keinen Umsturz“. Ihre Werbekampagne für den Bundestagswahlkampf 2021 stellte die Partei unter den Slogan: „Deutschland. Aber normal“. Es wurde mit leeren Sprüchen geworben wie „Normal ist ein Land, das seine Familien liebt“; „Normal ist es, unsere Grenzen zu schützen“; „Normal ist, die Natur in der Heimat zu schützen“, etc. Wäre die AfD normal, müsste sie nicht die Beobachtung durch den Verfassungsschutz fürchten.

Jene, die die AfD für eine normale Partei halten, argumentieren: **sie wurde demokratisch gewählt, ist dadurch legitimiert**; sie ist in der Mehrzahl der deutschen Landesparlamente vertreten. Auch in der **Bevölkerung** wird die AfD zunehmend als normale Partei wahrgenommen. Auf die Frage des Allensbacher Instituts: „Halten Sie die AfD für eine normale demokratische Partei, oder haben Sie da Zweifel?“ antworteten immerhin 27 Prozent der Deutschen im Jahr 2023: „**ja, sie ist eine normale demokratische Partei**“; 2016 gab es laut IfD auf dieselbe Frage nur 17 Prozent Zustimmung. In Ostdeutschland ist die Zahl derer, die die AfD als eine normale demokratische Partei ansehen, seit 2016 von 21 auf 32 Prozent gestiegen, während die entsprechenden Prozentwerte in Westdeutschland stabil bei 16/17 Prozent lagen.

Ricarda Lang, Co-Vorsitzende der Grünen, meinte in einem Gastbeitrag für die Zeitschrift Cicero am 15.07.2019: „Der Umstand, dass die AfD durch Wahlen legitimiert ist, macht sie noch lange nicht demokratisch. Wer den Wahlerfolg zum Gradmesser für die demokratische Ausrichtung einer Partei macht, ignoriert nicht nur die Lehren der deutschen Geschichte. Denn diese zeigt deutlich, dass es den Feinden der Demokratie möglich ist, sie mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen. Er reduziert die Demokratie auch auf ein formales Prinzip, ein Verfahren zur kollektiven Entscheidungsfindung. Doch **Demokratie, im pluralistischen Sinne, bedeutet mehr als geheime, freie und gleiche Wahlen**. Sie umfasst die universellen Menschenrechte, die Werte der Freiheit und Gleichheit, den Schutz des Individuums durch die Bürgerrechte. Also all das, was die Rechtsextremen verachten und bekämpfen“.

Für den ehemaligen FDP-Innenminister Gerhart Baum ist die AfD – überspitzt und vielleicht missverständlich formuliert – „Ausdruck einer deutschen Krankheit“. Nie sei die Demokratie so bedroht wie heute. Baum fordert: **Die Deutschen müssen um ihre freie Gesellschaft kämpfen**. „Maßgebende Wissenschaftler wie der Liberale Ralf Dahrendorf sprachen nach dem Zweiten Weltkrieg von der „Deutschen Frage“ und meinten damit die „tragische Spannung zwischen Deutschland und den Werten der Aufklärung“. „Warum hat sich Deutschland der Aufklärung in ihrem liberalen Verstande versperrt? Dieser innere Widerspruch zwischen der Zugehörigkeit zum Westen und gleichzeitig einer Suche nach dem Antiwestlichen bestimmte das deutsche Denken wie seine politische Theorie und Praxis, so Dahrendorf. Baum resümiert in seinem ZEIT-Kommentar: „Die „Deutsche Frage“ hat sich nie erledigt,

sondern stellt sich derzeit neu. Sie ist eine deutsche Krankheit – offenbar eine verschleppte Krankheit, die bei einer Minderheit immer wieder ausbricht, gegen die Werte der Aufklärung, gegen die Bindung an den Westen, zum Beispiel mit einer schwärmerischen Friedenssehnsucht, die vergisst, dass Frieden immer mit Freiheit verbunden werden muss. Nach 1945 haben die Deutschen gezeigt, dass sie Demokratie können. Jetzt müssen sie zeigen, dass sie für die kämpfen können“.

In der Psychologie bezeichnet **Normalität** laut Dorsch-Lexikon (2022) ein erwünschtes, akzeptables, gesundes, förderungswürdiges Verhalten im Gegensatz zu unerwünschtem, behandlungsbedürftigem, gestörtem, abweichendem Verhalten. Offenkundig sind autoritäre, antisoziale und aggressive Einstellungen und Verhaltensweisen wie sie bei der AfD-Anhängerschaft vergleichsweise sehr häufig vorhanden sind, im Kontext der obigen Definition nicht normal. Sie sind aber auch nicht normal, wenn man nur die sog. statistische Norm zugrunde legt, denn die Mehrheit der AfD-Sympathisanten weicht in Hinsicht auf Autoritarismus, Aggressivität und Antisoziale Orientierung sehr signifikant vom statistischen Mittelwert der erwachsenen Deutschen ab, während das Persönlichkeitsprofil der Grünen-Sympathisanten bis auf deutlich erniedrigte Skalenwerte in Autoritarismus (Cohen's $d = 0.57$) sich nicht vom Persönlichkeitsprofil der (normalen) Durchschnittsbevölkerung unterscheidet. Nicht zu Unrecht hat der Kommunikationsmanager des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Knut Bergmann (2017), nach Analyse von politischen Ansichten der AfD-Anhängerschaft das Parteikürzel umgedeutet in „Allzeit fern des Durchschnitts“.

Prozentual erzielte die AfD bei der letzten Bundestagswahl 2021 einen Stimmenanteil von 10.3 Prozent, umgerechnet 4.8 Millionen Zweitstimmen. Angenommen, das gegenwärtige Umfragehoch der AfD von 20 Prozent bleibt konstant, könnte theoretisch mit circa 9 Millionen AfD-Zweitstimmen bei der nächsten Bundestagswahl gerechnet werden. Wenn von jenen 9 Millionen potentieller AfD-Wähler geschätzte 5.4 Millionen (60 Prozent) das AAA-Syndrom hätten, wäre das keine geringe Quantität!

Man kann die Hoffnung hegen, dass das **Bundesamt für Verfassungsschutz** (BfV) die AfD wegen ihrer verfassungsfeindlichen Bestrebungen in naher Zukunft verbietet. In einer länderübergreifenden Studie der Robert Bosch-Stiftung und More in Common (2020) meinten 64 Prozent der deutschen Befragten, ein **Verbot** von Parteien, die als verfassungsfeindlich eingestuft werden, sei förderlich für das gute Funktionieren der Demokratie in Deutschland. In derselben Befragung sagten 65 Prozent, dass Wahlerfolge von Parteien wie der AfD für die Demokratie schädlich seien. Eine Forsa-Umfrage für den Stern (2023) ergab, dass gegenwärtig je 47 Prozent der Deutschen für oder gegen ein AfD-Verbot sind (6 Prozent unentschieden). Mehr Frauen als Männer, und vor allem Anhänger der Grünen und der Union sprechen sich für ein Verbot aus. In Ostdeutschland, wo die AfD besonders stark ist, befürworten nur 34 Prozent ein Verbot, 58 Prozent waren dagegen.

Volksverpetzer, ein deutsches Weblog, das sich als Fakten-Checker mit Falschmeldungen auseinandersetzt, hat kürzlich eine **Petition an den Bundesrat** geleitet, in der neben dem Verbot der AfD auch ein Verbot der rechtsextremen Parteien Die Heimat (vormals NPD), Der III. Weg und Die Rechte gefordert wird. „Wenn eine Partei bestrebt ist, die Demokratie abzuschaffen, ist es demokratisch, diese Partei zu verbieten, so wie das in der Vergangenheit mit einer Nachfolgeorganisation der NSDAP oder der kommunistischen KPD geschehen ist“. Bis Oktober 2023 wurden immerhin 368.665 Unterschriften auf der Plattform innn.it gesammelt.

Ein aktuelles **Rechtsgutachten** des Deutschen Instituts für Menschenrechte (Cremer, 2023) kommt zu dem Schluss, dass die AfD die Kriterien für ein Verbot erfüllt, weil die Partei die „Grenzen des Sagbaren“ verschiebe, zudem klar rassistische und rechtsextreme Ziele verfolge.

Darüber, was gegen die AfD auf politischer bzw. gesellschaftlicher Ebene hilft, hat sich auch der Politik- und Kommunikationsberater Johannes Hillje (2022) in einem ZEIT- Kommentar vom 8. Juni 2023

u.a. folgende Gedanken gemacht: „Bei allem Verständnis für Veränderungssorgen sollten die demokratischen Kräfte jedoch eine Tatsache nicht ignorieren: Fast ein Fünftel der deutschen Wählerschaft erwägt ernsthaft, einer in weiten Teilen rechtsextremen Anti-System-Partei ihre Stimme zu geben. Das ist nicht nur ein Verunsicherungsphänomen, sondern vorrangig ein **Demokratieproblem**. Diese Entwicklung kommt nicht wirklich überraschend. Umfragen zeigen schon seit ein paar Jahren: Je länger es die AfD gibt, desto "normaler" wird sie von der Bevölkerung eingeschätzt. Normalisierung und Radikalisierung der AfD verlaufen erstaunlich synchron. In keiner westlichen Demokratie wurden Populisten und Extremisten langfristig "entzaubert", indem man sie an der Macht beteiligt hat. Im Gegenteil: sie werden in den Institutionen politisch wirksam und können ihren Wählern endlich handfeste Leistungsnachweise bieten. Nicht mit kurzfristiger Integration, sondern mit dauerhafter Isolation wird man extremen Kräften langfristig beikommen können. Das erfordert demokratische Standhaftigkeit und einen langen Atem“.

Unter Umständen hilft *massenhafte Aufklärung*, die rechtsradikale Politik der AfD zu entzaubern. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die kürzlich von Fretschner (DIW Berlin, 2023) vorgelegte empirische Studie zum „**AfD-Paradox**“. Das Paradox besagt, dass Menschen, die die AfD unterstützen, am stärksten unter der AfD-Politik leiden würden, und zwar in Bezug auf fast jeden Politikbereich. „Dieses Paradox scheint mit einer falschen Selbsteinschätzung vieler AfD-Wähler*innen und mit einer Fehleinschätzung der gesellschaftlichen Realität zusammenzuhängen“.

Das neue **Demokratiefördergesetz** des Bundes ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer stärkeren Demokratie. Das Gesetz kann einen substantiellen und wirksamen Beitrag zu weniger aggressivem, mehr prosozialem und antiautoritärem Verhalten leisten, im Sinn von 'stateways change folkways'. „Stateways“ bezieht sich auf politische Entscheidungen und Gesetze, während „Folkways“ sich auf soziale Normen und Verhaltensweisen bezieht (s. Britannica). Das Gesetz verpflichtet die Regierung zum Kampf gegen Rassismus, Extremismus und Menschenfeindlichkeit. Es soll die Menschen, die sich in Initiativen und Projekten für ein vielfältiges Zusammenleben in Deutschland einsetzen, finanziell besser unterstützen. Dafür sollen 180 Mill. Euro für mehr als 700 Projekte, in der Mehrzahl gegen Rechtsextremismus und Muslimfeindlichkeit, bereitgestellt werden.

Vielleicht ist letztlich **ethische Erziehung im Elternhaus und in der Schule** als Ethik- und Religionsunterricht der erfolgversprechendste Ansatz, um rechtsextremistische Einstellungen und Verhaltensweisen auf der individuellen Ebene einzudämmen. Das bedeutet konkret: Erlernen/Eintrainieren von Respekt, Rücksichtnahme, Empathie, Hilfsbereitschaft und gemeinsames praktisches Üben dieser sozial-ethischen Kompetenzen.

Einschränkend ist für die vorliegenden Befunde festzuhalten: Persönlichkeitsfragebogen wie das Freiburger Persönlichkeitsinventar erfassen Selbstbeurteilungen. Die Antworten beziehen sich auf Selbstbeobachtungen von Verhaltensweisen oder sind Selbstauskünfte, die sich auf bestimmte Ereignisse beziehen. Solche Aussagen sind im Prinzip zwar objektivierbar, indem beispielsweise festgestellt wird, ob jemand tatsächlich für soziale Zwecke spendet oder durch aggressives Verhalten und Gewaltakte auffällig wurde. Doch in der psychologischen Forschung fehlt es gegenwärtig an überzeugenden Studien, die einen engen Zusammenhang von Einstellung und Verhalten belegen. Nach Mummendey (1988) handelt es sich beim Themenkomplex Einstellung und Verhalten um ein uraltes wissenschaftliches Problem in wechselndem neuem Gewande: „Entspricht unser Sagen und Tun, das Denken dem Handeln, entsprechen Kognition und Evaluation dem menschlichen Verhalten?... Wird jemand, der sich für Toleranz und Gleichberechtigung ausspricht, sich selbst auch tolerant verhalten und seinen Mitmenschen Gleichberechtigung gewähren?“

Literaturangaben

- Baum, G. (2023). In: Die ZEIT, 21.10.2023. "Die AfD ist Ausdruck einer deutschen Krankheit".
- Bergmann, K. et al. (2017). Allzeit fern des Durchschnitts: Politische Ansichten der AfD-Anhänger. Forschungsjournal Soziale Bewegungen. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2017-0022>.
- Cremer, H. (2023). Warum die AfD verboten werden könnte. Empfehlungen an Staat und Politik. Berlin: Deutsches Institut für Menschenrechte. <https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/publikationen/detail/warum-die-afd-verboten-werden-koennte>.
- Fahrenberg, J., Hampel, R., Selg H. (2020). Freiburger Persönlichkeitsinventar FPI-R. Neue Normierung und Validitätshinweise, Prinzipien der Testkonstruktion und modernen Assessmenttheorie. 9. Erweiterte Auflage. Göttingen: Hogrefe.
- Fratzcher, M. (2023). Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. DIW aktuell. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf.
- GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2021). German General Social Survey (ALLBUS – Cumulation 1980-2018. <https://doi.org/10.4232/1.13774>.
- Hampel, R. (2021). Die AfD und ihre Sympathisanten – extrem und psychologisch auffällig? PsychArchives. <https://doi.org/10.23688/psycharchives.4850>.
- Hampel, R. (2022). Sympathisanten der AfD mit AAA-Syndrom. PsychArchives. <https://doi.org/10.23688/psycharchives.6521>.
- Hillje, J. (2022). Das «Wir» der AfD. Kommunikation und kollektive Identität im Rechtspopulismus. Frankfurt: Campus Verlag.
- Kretschmann, W. (2008). In: Heinrich Böll Stiftung. Links? Rechts? Oder was? Die Grünen in der neuen Parteilandschaft. Gastbeitrag von Winfried Kretschmann (19.8.2008).
- Lang, R. (2019). AfD – Eine antidemokratische Partei. In: Cicero Online. <https://www.cicero.de/innenpolitik/afd-bjoern-hoecke-alexander-gauland.html>.
- Lau, M. (2023). In: DIE ZEIT vom 6. Juli 2023, Seite 4. „Echte Männer sind rechts“.
- Lanz, M. (2023). Markus Lanz vom 18. Juli 2023. Ex-Bundespräsident Gauck: AfD kommt bei uns nie an die Macht. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-gauck-afd-migrationspolitik-100.html>.
- Mummendey, H.D. (1988). Verhalten und Einstellung. Untersuchung der Einstellungs- und Selbstkonzeptänderung nach Änderung des alltäglichen Verhaltens. Die Beziehung zwischen Verhalten und Einstellung. S.1-26. Heidelberg: Springer.
- Petersen, Th. (Institut für Demoskopie Allensbach). In: FAZ vom 23.08.2023. Aktuelle Einwanderungspolitik stärkt die AfD.
- Six, B. (2000). Einstellungen. Quelle: <https://www.spektrum.de/lexikon/psychologie/einstellungen/3914>.
- Schröder, M. (2019). AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEP Papers 975. Berlin: DIW.
- Tautscher, M. (2019). SINUS-Pressemitteilung, Heidelberg, 12.09.2019. Die Hälfte der Deutschen sieht die Demokratie in Gefahr. SINUS-Studie zum Tag der Demokratie (15. September) in Kooperation mit YouGov.
- Wirtz, M. (2022). Dorsch – Lexikon der Psychologie (20. Aufl.). Göttingen: Hogrefe.
- Ziems, Dirk (2023). Gastbeitrag eines Gesellschaftsforschers – Das AfD-Psychogramm: Forscher findet heraus, wie ihre Wähler wirklich gestrickt sind. In: Focus Online vom 28.06.2023.
- Zick, A., Küpper, B., Mokros, N. (2023). Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: Dietz.